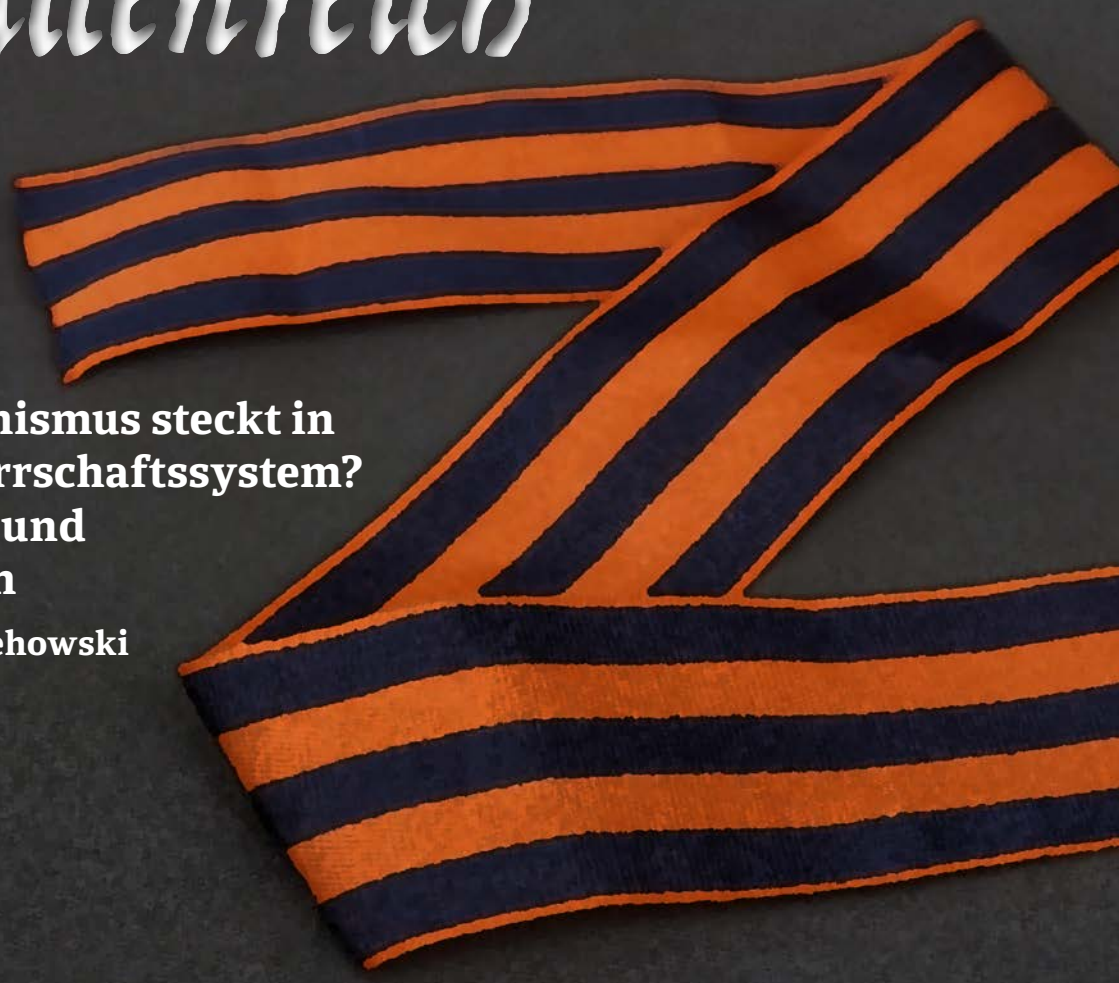
DER HAUPTSTADTBRIEF

Herausgegeben von Ulrich Deppendorf und Ursula Münch

Schattenreich



Wie viel Faschismus steckt in Russlands Herrschaftssystem? Unterschiede und Ähnlichkeiten

Von Matthäus Wehowski

Seite 2

15. April 2023

Dunkelkammer: Wladimir Putin in Moskau, April 2023.

Entfernte Verwandtschaften

Wie viel Faschismus steckt in Russlands Herrschaftssystem? Unterschiede und Ähnlichkeiten

Von **Matthäus Wehowski**

Wie sehr ähnelt das Herrschaftssystem des russischen Präsidenten Wladimir Putin dem historischen Faschismus und Nationalsozialismus? Diese Frage wird aktuell in Geschichts- und Politikwissenschaft kontrovers diskutiert. Für den amerikanischen Historiker Timothy Snyder ist die Sache eindeutig: „Wir sollten es sagen. Russland ist faschistisch." So lautete der Titel eines Artikels, den er im Mai vergangenen Jahres für die *New York Times* verfasste. Seiner Ansicht nach erfüllt der Putinismus zahlreiche Elemente des Faschismus: Personenkult, Verherrlichung einer idealisierten Vergangenheit, extremer Nationalismus, Kriegs- und Todeskult u.v.m. Deutsche Historikerinnen sind mit solchen Vergleichen meist vorsichtiger, da der deutsche Nationalsozialismus noch einmal eine Sonderform des Faschismus darstellte. Besonders Experten für die Geschichte des Holocaust, etwa der Berliner Historiker Thomas Sandkühler, warnen deswegen eindrücklich vor leichtfertiger Gleichsetzung. Denn es gibt auch eindeutige Unterschiede zwischen den Herrschaftssystemen: So ist „Einiges Russland" zwar ein Machtvehikel Putins, doch der Partei fehlt eindeutig die Mobilisierungsfunktion der NSDAP oder auch der italienischen PNF (Partito Nazionale Fascista). Zudem ist der Personenkult nicht vergleichbar: Putin war und ist ein Herrscher, den man in Russland erträgt, aber nicht huldigt oder ihn verherrlicht wie Hitler oder Mussolini. Zwar ist er allgegenwärtig und „verkörpert" (auch durch seine Inszenierung als „Tough Guy" mit nacktem Oberkörper) den russischen Staat, doch gilt er gemeinhin als das geringere Übel und einziger Garant vor Chaos und Staatszerfall. Putin, mittlerweile seit mehr als 22 Jahren an der Macht, kann ohnehin keine glaubwür-

Titel: shutterstock.de/Myfotoprom, S.2 picture alliance/AP | Sergei Karpukhin

NEU DENKEN.
MIT VOLLER ENERGIE.
GASAG
SEIT ÜBER 175 JAHREN AN EURER SEITE. WEIL UNS JEDER KIEZ AM HERZEN LIEGT. AUCH DER GRÖSSTE.
Energiewende. Gemeinsam für Berlin.
Schon heute unsere Zukunft.
www.gasag.de/energiewende

GÜNTER
BANNAS

AUS DEM BANNASKREIS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbriefs*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Dialogbereitschaft

Abschied von Antje Vollmer

Anfang April 1984 erschien im *Spiegel* unter der Überschrift „Der Weiberrat wird es nicht leicht haben" ein Text von Joschka Fischer. Mit „Rums, da geht die Pfeife los!" begann der Liebling des Hamburger Magazins seinen Gastbeitrag, Wilhelm Busch zitierend – und, wie er schrieb „angesichts des überraschenden Ausgangs der Vorstandswahlen in der grünen Bundestagsfraktion. Nur dass es diesmal, um bei der literarischen Vorlage zu bleiben, weder Lehrer Lämpel noch gar Witwe Bolte erwischt hat, sondern – ritze, ratze – die bösen Buben selbst".

Ungeheuerliches war geschehen. Die Führung der immer noch neuen Fraktion war abgelöst worden. Prominente Grüne hatten sie durchs erste Jahr ihres Bestehens geführt: Petra Kelly, eine der Parteigründerinnen, Otto Schily, wortgewaltiger Anwalt, und eben auch Fischer, dessen Reden zu rhetorischen Höhepunkten des Parlaments gehörten. Sechs Frauen hatten sich zusammengetan. Sie kandidierten im Block – und wurden gewählt. „Weiberrat" wurden sie genannt oder auch „Feminat": Christa Nickels, Waltraud Schoppe, Erika Hickel, Heidemarie Dann, Annemarie Borgmann – und Antje Vollmer, die zu den Initiatorinnen des Machtwechsels gehörte und von nun an die Fraktionsspitze repräsentierte. Dabei schienen Fischer und Schily den Laden fest im Griff zu haben. Ihre Vertrauten saßen auf einflussreichen Posten. Der Journalismus in Bonn war von Männern beherrscht. Doch der Schein trog. Die Fraktion war des Dominanzgehabes und des Streites ihrer Führung überdrüssig geworden. Vollmer selbst hatte das Stichwort in Umlauf gebracht: Die Fraktion werde von einer „Fischer-Gang" geführt.

Antje Vollmer, geboren 1943 in Ostwestfalen, war promovierte Pastorin. Als Studentin zählte sie zum Umfeld sogenannter maoistischer K-Gruppen – wie andere spätere Grüne mit kirchlichen Bezügen auch, Winfried Kretschmann etwa. Über ihre Tätigkeit in der Heimvolkshochschule bei den Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel in Bielefeld kam sie in Kontakt zu den entstehenden Grünen. Zusammen mit Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, der ins Europaparlament gewählt wurde, verkörperte sie den mit ökologisch orientierter Landwirtschaft befassten Teil der grünen Bewegung.

Erst 1985 trat sie der Partei bei. Von „Fundis" und „Realos" hielt sie sich fern. Vollmer plädierte für einen Dialog des Staates mit den Häftlingen der terroristischen RAF. Der Vereinigung Deutschlands stand sie skeptisch gegenüber. Gleichwohl wurde sie 1994 – gegen das Votum der SPD – mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP zur ersten Bundestagsvizepräsidentin der Grünen gewählt. Gegen den Mainstream zu opponieren war ständiger Bestandteil ihres Wirkens – bis zuletzt im Februar, als die Pazifistin im Angesicht ihres Todes testamentarisch noch vor Waffenhilfen für die Ukraine warnte. Ideenreichtum und eine breit gefächerte Dialogbereitschaft waren Wesen ihres Engagements. Weit über die Parteiarbeit hinaus und gekennzeichnet durch eine Fülle von Mitgliedschaften in Gesprächskreisen, Kuratorien, Kulturstiftungen und Kirchengemeinden, auch nach ihrem Ausscheiden 2005 aus dem Bundestag und trotz ihrer wachsenden Distanz zur machtorientierten Entwicklung der Grünen. In unterschiedlichen Milieus wurde Antje Vollmer zugehört. An diesem Montag verabschieden sich in einem ökumenischen Gottesdienst in Berlin Familie, Weggefährten, Parteifreunde und Gesprächspartner von der im März Verstorbenen. ■

dige Dynamik einer „Bewegung" gegen die etablierte Ordnung inszenieren, wie es die faschistischen Parteien taten. In Russland fehlt außerdem die extreme völkische „Blut und Boden"-Rhetorik und der fanatische Antisemitismus, der besonders den Nationalsozialismus in Deutschland ausmachte. Russland inszeniert sich sogar als „integratives Imperium", in dem alle Völkerschaften und Ethnien – unter der Hegemonie russischer Kultur – aufblühen könnten. Dennoch lassen sich die Parallelen zum historischen Faschismus und Nationalsozialismus nicht einfach beiseiteschieben.

Konkret geht es dabei nicht nur um die Form und Praxis von Herrschaft, sondern um Ideologie und Weltbild. Besonders in der Anfangsphase des Zweiten Weltkriegs lassen sich erstaunliche Ähnlichkeiten in der Propaganda des nationalsozialistischen Deutschlands zum heutigen Russland finden. Beide betrachteten sich als Opfer einer ungerechten und „unnatürlichen" Friedens- und Staatenordnung, die ihnen aufgezwungen worden sei. Den Hauptfeind machte Deutschlands Propagandachef Joseph Goebbels 1939 in den demokratischen Staaten des Westens aus, allen voran Frankreich und Großbritannien. So schrieb er in einem Artikel vom 1. April 1939, dass deren Konzepte von Demokratie, Recht-

ANNE
WIZOREK

AUF DEN *ZWEITEN* BLICK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadear.

Stabil kaltblütig

Wir stärken jetzt die Kinder in unserem Land, um ihnen eine gute Zukunft zu gewährleisten. Eine lange Zeit der Vernachlässigung der Kinder wird damit beendet. 100 Milliarden Euro zusätzliche Investitionen werden erlauben, dass wirklich alle Kinder in Würde aufwachsen können." So schön könnten Christian Lindners Worte klingen.

Denn, bitterer Scherz beiseite, diese Worte hat er so nie gesagt und (Hot Take!) er wird es auch nie. Beim erstaunlichen Lindner-Zitat handelt es sich dafür um sein leicht abgewandeltes Statement zum Sondervermögen Bundeswehr. Für die mit 12 Milliarden veranschlagte Kindergrundsicherung sieht unser Finanzminister allerdings keinen Spielraum im Haushaltsbudget. Obwohl mittlerweile mehr als jedes fünfte Kind in Deutschland als armutsgefährdet gilt und die Kindergrundsicherung *das* sozialpolitische Projekt der Koalition sein soll.

„Für Familien mit Kindern ist bereits viel passiert", behauptete Lindner dagegen und meint damit die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderzuschlags. Bei Familien, die Bürger*innengeld beziehen, wird das eine aber verrechnet, und das andere ist als Maßnahme gar nicht für sie gedacht. Diejenigen, die das Geld mitunter am nötigsten brauchen, sehen von „viel passiert" also genau: nichts. Wären die kleinen Racker doch nur als Panzer und Kampfjets auf die Welt gekommen – oder als nach E-Fuels dürstende Porsches, dann würde der Finanzminister sicher Sondermittel und Wege finden.

Lindner schiebt die Verantwortung stattdessen nur noch weiter von sich. Häufig seien die Bildungs- oder Erwerbsarmut der Eltern Grund für Kinderarmut, so der Finanzminister. Diesen sollte der Staat deshalb nicht mehr Geld zahlen, sondern auf Spracherwerbsförderung und Bildung der Eltern setzen, um sie in Jobs zu bringen. Übersetzt heißt das: Wir sollen uns endlich wieder darauf konzentrieren, was Menschen in Armut alles falsch machen, besonders wenn Deutsch nicht ihre Muttersprache ist. FDP-geleitete Finanzpolitik: einfach stabil kaltblütig. Wie so ein Yuppie, der dem um Kleingeld bittenden Obdachlosen vorm Supermarkt nichts gibt, weil dieser sich ja Alkohol davon kaufen könnte.

Die Aussage des Finanzministers zeigt außerdem, dass er sich mit den Betroffenengruppen der (Kinder-)Armut offenbar kaum auseinandergesetzt hat (oder dies nicht möchte), denn vor allem Ein-Eltern-Familien rutschen in die Armut ab bzw. sind in ihr strukturell gefangen. 43 Prozent aller Alleinerziehenden können von ihrem Einkommen nicht leben, während aber 71 Prozent der alleinerziehenden Mütter arbeiten. In neun von zehn Fällen ist die alleinerziehende Person nämlich eine Frau, womit das Thema auch eine eindeutig frauenfeindliche Dimension hat.

Sei es bei der Armutsbekämpfung, Bildungsgerechtigkeit oder dem Schutz vor der Klimakrise, die aktuelle Debatte zeigt wieder einmal: Kinder haben in Deutschland keine Lobby. Oder höchstens eine, die gegen sie arbeitet. Die Kindergrundsicherung als echtes Sicherheitsnetz für Familien einzuführen, die es am dringendsten benötigen, wäre eine klare Absage an diesen zynischen Kurs. Eine lange Zeit der Vernachlässigung der Kinder wäre damit beendet. ■

---

staatlichkeit und „Humanität" lediglich eine Fassade seien, hinter der tatsächlich „einflussreiche Cliquen und Zirkel, die an einem Krieg Interesse haben" stehen würden. Die westlichen Demokratien seien „Kriegshetzer", welche die Völker gegen ihren Willen gegeneinander aufbrächten. Diese vermeintliche „Internationale der Zersetzung", so Goebbels, hätte sich außerdem gegen traditionelle Werte, Kultur und Geschichte verschworen. Ähnliche Verschwörungstheorien sind heute regelmäßig vom Vorsitzenden des russischen Sicherheitsrats Nikolai Patruschew, Außenminister Sergej Lawrow und auch Putin selbst zu hören. Besonders extrem ist dabei Ex-Präsident Dmitri Medwedew, der auf seinem Telegramkanal auch in der Sprache die Propaganda des Nationalsozialismus zu imitieren scheint.

Im Frühjahr 1939 ließ Hitler seiner martialischen Rhetorik auch Taten folgen, mit der Tschechoslowakei als erstem Opfer. Deutschland brach nach knapp einem halben Jahr das „Münchner Abkommen", in dem die Tschechoslowakei gezwungen war, das Sudetenland abzutreten. Am 15. März 1939 marschierten deutsche Truppen in die verkleinerte und wehrlose Tschechoslowakei ein und lösten ihre Staatlichkeit endgültig auf. Diesen eklatanten Bruch des Völkerrechts rechtfertigte Hitler damals mit den „lebenswichtigen Interessen" und der „tausendjährigen Geschichte" Deutschlands in der Region. Er behauptete in seiner Proklamation vom 15. März 1939, dass „zahlreiche Deutsche" Opfer tschechischer „Banden" geworden seien. Er habe keine andere Wahl gehabt, als die deutsche Sprache und Kultur in der Tschechoslowakei zu schüt-

zen und diese „untertäglichen Zustände“ mit Hilfe des Militärs zu beenden. Putins Propaganda vom „Verbot russischer Sprache“ in der Ukraine und dem „Genozid im Donbas“ ist davon nicht weit entfernt. Das nationalsozialistische Deutschland verlangte 1939 außerdem den endgültigen Bruch mit der etablierten Staats- und Rechtsordnung in Europa. Jeder souveräne Staat solle seine eigenen Interessen verfolgen können, statt sich an „aufgezwungene“ internationale Regeln zu halten. Der Rechtsphilosoph Carl Schmitt (1888-1985) oder der SS-Jurist Werner Best (1903-1989) argumentierten, dass Großmächte – zu denen Deutschland nun dank Hitler wieder zählen würde – innerhalb ihrer historischen „Interessensphären“ das Recht selbst bestimmen könnten.

Aus dem geistigen Umfeld Schmitts stammte auch der heute weit weniger bekannte österreichische Schriftsteller Karl Anton Prinz Rohan (1898-1975). Dieser wollte mit seinen „geopolitischen“ Konzepten von „Mitteleuropa“ und „Abendland“ eine Synthese christlich-konservativer und nationalsozialistischer Ideen schaffen. Und darin liegt auch die stärkste inhaltliche Nähe zu Putins Denken, der sich in seinen Reden immer wieder auf den russisch-nationalen Vordenker und christlich-konservativen Philosophen Iwan A. Iljin (1883-1954) beruft. Dieser lebte in den 1920er- und 1930er-Jahren im Exil in Deutschland und pflegte eine enge ideologische Verbindung zu den Kreisen der sogenannten „Konservativen Revolution“ um Carl Schmitt. Dies wird besonders sichtbar, wenn man Putins Rede nach der „Annexion“ der östlichen Oblaste der Ukraine (Cherson, Saporischschja, Donezk und Luhansk) vom 30. September 2022 mit Rohans Leitartikel „Am Weg zum neuen Mitteleuropa“ aus dem *Völkischen Beobachter* (Wiener Ausgabe) vom 5. April 1939 vergleicht. In beiden Texten geht es um die Überwindung einer „ungerechten“ Friedensordnung, den Schutz eigener Kultur und Traditionen vor den „schädlichen“ Einflüssen von außen, ein neues multipolares Machtsystem und die Zurückweisung des westlichen Liberalismus. Unter der „Fahne des deutschen Friedens“ sollen alle Völker in Mitteleuropa „ihre arteigene völkische Entfaltung“ erhalten, so Rohan 1939. Putin sprach 2022 vom „Recht auf eigenständige, schöpferische und autonome Entwicklung“ gegen die „Verhöhnung des Glaubens und

Dr. Matthäus Wehowski hat in Tübingen Geschichte und Slawistik studiert (mit einem Gastsemester an der MGU in Moskau) und dort in Neuerer und Neuester Geschichte promoviert. Derzeit arbeitet er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU-Dresden zur Geschichte der Nationalbewegungen und der Demokratie, der politischen Transformation in Ost- und Ostmitteleuropa und der Gesundheitspolitik seit dem 19. Jahrhundert.

Seit 1968
INTERHOMES AG
Besser Bauen. Schöner Wohnen.

INTERHOMES SCHAFFT BEZAHLBAREN WOHNRAUM!

Günstige Kaufpreise in deutschlandweiten Wohngebieten!

Wir reagieren auf hohe Kaufpreise und die gestiegenen Zinsen, um junge Paare und Familien weiterhin von der Mietwohnung in die eigenen vier Wände zu begleiten. Wir machen Wohnen zukunftssicher und bezahlbar.

Blütengrund, Oldenburg

Wir sind Ihr starker Partner und bieten:

- 55 Jahre Erfahrung
- Zuverlässiger Rundum-Sorglos-Service
- Festpreisgarantie und garantierter Fertigstellungstermin
- Ausgezeichnete Bonität

MyLiving am Willakedamm, Bremen

Auf der Suche nach einem neuen Zuhause oder einer Kapitalanlage?

www.interhomes.de/immobiliensuche

Felderhof Quartier, Ratingen

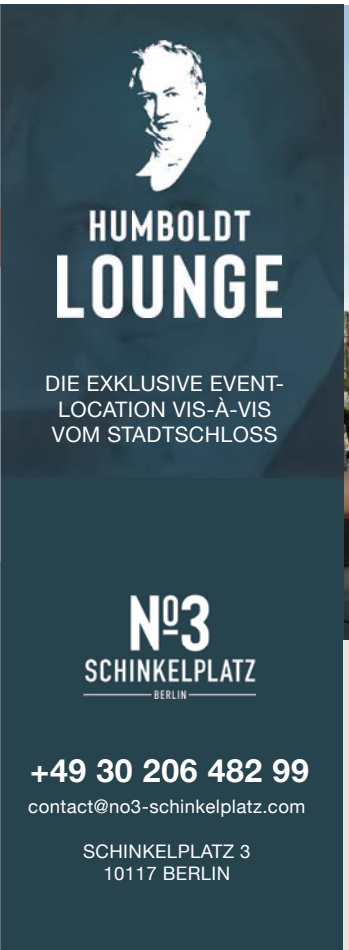
INTERHOMES AG | Haferwende 36 A | 28357 Bremen | www.interhomes.de

Putin sprach 2022 vom „Recht auf eigenständige, schöpferische und autonome Entwicklung“ gegen die „Verhöhnung des Glaubens und der traditionellen Werte“ durch den westlichen Liberalismus.

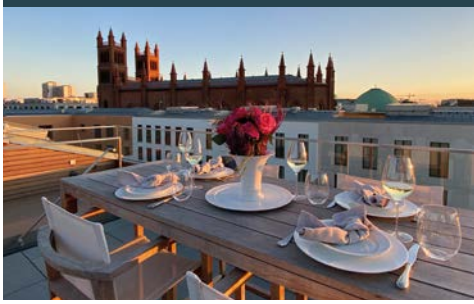
der traditionellen Werte“ durch den westlichen Liberalismus.

Im September 1939 folgte der deutsche Überfall auf Polen, der schließlich den Zweiten Weltkrieg in Europa auslöste. Hitler argumentierte wieder ähnlich wie bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei und sprach in seiner Rede in Danzig am 19. September 1939 vom „Lebensrecht einer großen Nation“, das die westlichen Demokratien in Frage gestellt hätten: „Diese demokratische fromme Welt sah zu, ohne mit der Wimper zu zucken“, als die Rechte der Deutschen in Polen bedroht worden seien, so der Diktator. Polen sei von den Herren des „großbritannischen Weltreichs“ manipuliert und ausgenutzt worden, um „für die Ideale der westlichen Demokratien in die Bresche zu springen“, wie er ironisch anmerkte. Deutschlands Ziele seien dagegen nur der Schutz seiner legitimen Interessen. Putins Argumentation seit dem Februar 2022 klingt ähnlich, so stünde die Ukraine als „Anti-Russland“ im Dienst feindlicher westlicher Mächte.

Welche Schlussfolgerungen müssen wir nun aus diesen Ähnlichkeiten in Argumentation, Rhetorik und Weltbild zwischen dem historischen Nationalsozialismus und Putins Russland ziehen? Putin selbst begründet schließlich seine „militärische Spezialoperation“ mit dem Kampf gegen „Neonazis“ und verlangt, wie die Sowjetunion 1945 gegenüber Deutschland, die „Denazifizierung“ der Ukraine. Russland sieht sich als einziger legitimer Nachfolgestaat der Sowjetunion, die nach dem Überfall Hitlers im Jahr 1941 Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges wurde. Schließlich war es auch die Rote Armee, welche die deutschen Vernichtungslager befreite und den Holocaust beendete. Zu Recht stehen daher Vergleiche aktueller Regime mit dem Nationalsozialismus immer unter Vorbehalt – besonders wenn es um Russland geht. Zumindest lassen sich in den Feindbildern des Nationalsozialismus von 1939 und dem Russland von heute erschreckende Parallelen feststellen, die beim Vergleich von Reden und Texten kaum zu übersehen sind: Opfermythen, Hass auf eine liberal-demokratische Rechts- und Staatenordnung, Anspruch auf „Interessensphären“ und schließlich die Vorstellung der „gekränkten“ Großmacht. ■



WWW.HUMBOLDTLOUNGE.COM



Der ideale Ort für hochkarätige geschäftliche Events

No3 Schinkelplatz ist die einzigartige Kombination aus luxuriösen Residenzen zum Wohnen auf Zeit und der Humboldt Lounge als einmalige Eventlocation. Beste Vorraussetzung um Ihnen und Ihren Gästen ein unvergessliches Erlebnis zu bieten.

Die Humboldt Lounge mit ihren 361m² steht für modernes Design, beeindruckende Ausblicke, erstklassigem Service und einer einmaligen kulturellen Vielfalt, die nur in Berlin zu finden ist.

Humboldt Lounge
Für alle, die das Besondere lieben.

- 3 großzügige Balkon Logen mit Schlossblick
- 2 einzigartige Belvedere mit 360 Grad Blick über die historische Mitte Berlins
- Ideal für Stehempfänge bis zu 80 Personen und Private Dinings bis zu 12 Personen
- Zusätzliche Catering- und Outdoorküchen

POSTSKRIPTUM

Von **Lutz Lichtenberger**

Eine Million Jahre

Vor Äonen – also vor Fukushima und Angela Merkels Atomwende 2011 und als die öffentliche Debatte vergleichsweise weniger kulturkampfverseucht über die Funkdrähte ausgestrahlt wurde – verriet ein Mitglied der Jungen Union, das seinen Namen nicht in der Zeitung lesen wollte, einer kleinen Reporterrunde, warum sich die Jugendorganisation so entschieden für Atomkraft ausspreche. Ungeachtet der vermeintlichen Vor- und Nachteile aus energiepolitischer Sicht sei die Position vor allem deswegen so attraktiv, da sie sich so hervorragend als Unterscheidungsmerkmal eigne. In so vielen anderen politischen Fragen hätten sich die Positionen der Parteien der Mitte, zumal in Zeiten der „asymmetrischen Demobilisierung“ Angela Merkels, so angeglichen, dass es immer schwieriger geworden sei, sich abzusetzen, anders zu sein, besonders, einmalig.

Die Krankenpflegerin, der Kraftwerksarbeiter, der Nuklearphysiker, die Finanzberaterin und die Linguistin in Annette Hugs teuflisch klugem Roman „Tiefenlager“ (bei Wunderhorn erschienen) fühlen sich nicht auserwählt, sind aber doch von einer Mission erfüllt. Ihre Sorge gilt den Überlebenschancen kommender Generationen und Geschlechter, die sie noch in tausend Jahren vor den Gefahren durch die Strahlung atomarer Endlager schützen wollen:

Wie kann das handwerkliche Know-how weitergetragen, das Material verfügbar gehalten, ja selbst eine entsprechende Zeichen- und Bildsprache erhalten werden, um Katastrophen zu verhindern?

Die bestechende literarisch-politische Pointe des Buches: „Zur Umsetzung der Ziele wird ein Orden gegründet.“ Hug erzählt in zwischen ironischer Persiflage und sachlich ernster Erörterung oszillierendem Ton, mit vorsichtigen Fantasy-Elementen, aber fernab von Science-Fiction: „Jedes Mitglied musste dort in einen verkabelten Anzug schlüpfen, einen Helm aufsetzen, sich mit dem digitalen Hirn eines Roboters vereinen, nach einem Alarm in Kavernen absteigen, in sicherem Abstand von jedem Lebewesen Risse im Fels vermessen, einen Wassereinbruch bekämpfen und Schweißnähte prüfen.“ Bruder Sebastian, Erster Maschinist, verzweifelt ob der Schrauben, die mit keiner Mutter zusammengehen, „weil jede Micky-Maus-Firma ein Weltreich gründet und feindliche Ersatzteile bekämpft.“

Felix Banaszak von den Grünen spottete jüngst genüsslich im Deutschen Bundestag Richtung Union: „Alle elf Minuten verliebt sich ein Konservativer in diesem Land in ein Atomkraftwerk“ – und rechnete vor, wie sich CDU/CSU erst dafür, dann nach vorheriger Verlängerung dagegen und in der Opposition wieder dafür ausgesprochen hätten. Getreu der JU-Devise: Hauptsache anders!

Heute werden die letzten in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet. Die Zeit, die Annette Hugs Orden überdauern müsste, um vor den Gefahren eines Endlagers zu warnen, umfasst eine Million Jahre – bis Erdbeben, Korrosion, Bandenkriege, Meteoriteneinschläge und Verblödung keine Gefahr mehr darstellen. ■

IMPRESSUM

Der Hauptstadtbrief ist eine wöchentliche Publikation von PrinzMedien

Verleger:	Detlef Prinz
Herausgegeben von	Ulrich Deppendorf und Prof. Dr. Ursula Münch
Chefredakteur:	Lutz Lichtenberger, V.i.S.d.P.
Kolumnen:	Günter Bannas, Inge Kloepfer, Anne Wizorek
Layout:	Gordon Martin
HSB-Icon (Quadriga):	Shutterstock.de/AVA Bitter

Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH
Tempelhofer Ufer 23-24 · 10963 Berlin
Tel. 030/21 50 54 00
info@derhauptstadtbrief.de www.derhauptstadtbrief.de
Redaktionsschluss 13. April 2023
© Der Hauptstadtbrief 2023

DER HAUPTSTADTBRIEF

Jetzt abonnieren unter:
derhauptstadtbrief.de

Mit unserem kostenlosen Newsletter erhalten Sie jedes Wochenende den aktuellen HAUPTSTADTBRIEF bequem per Email.